A5 NEU: Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Zusammenführung von A5 mit ÄA 5.1

Mitwirkende der Zusammenführung:
Für A5: Julia Aigner, Gregor Clewing, Tjark Delfs, Mara Luise Günzel, Franziska Kage, Holger Krusche, Caroline Schweiker
Für ÄA 5.1: Fabian Blunck, Jule Nagel, Claudia Scholz, Christoph Sedlaczek
Für den Stadtvorstand: Kilian Fürstenau, Franziska Riekewald, Nina Treu
Für die Antragskommission: Cornelia Falken

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig bekräftigt die Beschlusslage der Parteitage in Halle vom 19. Oktober 2024 und Chemnitz vom 10. Mai 2025:
"Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand in Israel und Palästina. Die Logik der Gewalt und der Eskalation muss durchbrochen, die Suche nach politischen Lösungen wieder aufgenommen werden. Wir fordern alle Beteiligten auf, keine neuen Kampfhandlungen aufzunehmen und den Konflikt einzudämmen statt auszuweiten."

Die Linke Leipzig unterstützt aktiv Demonstrationen und Aktionen, wie zum Beispiel am 27.09.2025 in Berlin, die sich gegen die Kriegs-, Besatzungs- und Vertreibungspolitik des Staates Israel und für ein sofortiges Ende des Krieges sowie einen gerechten Frieden für die Menschen in Gaza, anderen Teilen der palästinensischen Autonomiegebiete und in Israel richten.

Aus den gleichen Gründen und ihrer Ausrichtung als Friedenspartei stellt sich Die Linke Leipzig gegen jedwede militärische Nutzung den Flughafen LEJ und bringt sich in Proteste, unter anderem gegen die Verladung und Verschickung von Rüstungsgütern an Israel ein.

Die Linke Leipzig unterstützt die Initiative der Stadt Leipzig, Kinder und andere Schutzbedürftige aus Gaza aufzunehmen.

Die Linke tritt ein für die demokratischen Rechte aller Bevölkerungsgruppen in der Region (inklusive deren Selbstbestimmung), die durch die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse verhindert werden. Deshalb sehen wir den Kampf gegen Besatzung und Unterdrückung untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen imperialistische, koloniale und kapitalistische Verhältnisse.

Die Linke Leipzig grenzt sich klar von jeder Form von Rassismus, auch anti-muslimischem Rassismus, und Antisemitismus ab. Sie verurteilt das Vorgehen der israelischen Regierung und das Terrorregime der Hamas und fordert eine gerechte Zweistaatenlösung.

Der Stadtparteitag beschließt daher die folgende Positionierung:
In Bezug auf die israelische Regierung:

- Sofortiges Ende aller Angriffe auf Gaza und Rückzug der israelischen Armee
- Ende der Belagerung von Gaza und der Besetzung des Westjordanlands
- Sofortiger Stopp des Siedlungsausbaus im Westjordanland
- Nein zum Terror gegen Zivilist*innen
- Freilassung aller politischen Gefangenen

In Bezug auf die Hamas:

- Nein zum Terror gegen Zivilist*innen
- Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen

Im Bezug auf die deutsche Regierung:

- Beendigung der Unterstützung der israelischen Regierung, insbesondere durch Rüstungsguter und andere Maßnahmen
- Unterstützung der Strafverfolgung aller Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen
- Ende der Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfungen des Aufenthaltsrechts für Migrant*innen im Kontext des Gaza-Kriegs
- Unterstützung der humanitären Hilfe von international anerkannten Hilfsorganisationen
- Bedingungslose Hilfe bei Wiederaufbau und Traumabewältigung
- Beendigung der Aufnahme-Blockade Palästinensischer Geflüchteter
-

Allgemeine Forderungen:

- Anerkennung der gleichen demokratischen Rechte aller Menschen und Bevölkerungsgruppen in Israel und Palästina einschließlich des Rechts der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat
- Unterstützung des Rückkehrrechts der Palästinenser*innen

Echte Selbstbestimmung und soziale Befreiung kann auf Dauer nur durch sozialistische Veränderungen erreicht werden. Die Linke steht für einen sozialistischen Internationalismus und für den Aufbau von solidarischen Verbindungen zu unabhängigen Arbeiter*innenparteien.

Der Stadtvorstand wird aufgefordert, auf Basis dieser Forderungen und Positionen parteiinterne Bildungs- und Diskussionsformate aufzulegen, die versuchen, die verschiedenen Perspektiven auf die Genese des Israel-Palästina-Konfliktes und die aktuelle Lage – inklusive dem Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7.10.2023 und der völkerrechtswidrigen Kriegsführung Israels unter einer ultrarechten Regierung – in Kommunikation zu bringen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Stadtparteitages:

Im neuen Kompromissantrag A5 wurden die Änderungsanträge 5.3, 5.4 und 5.6 von den Antragsstellenden übernommen. Der geänderte Antrag A5 wurde mit mehreren Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen angenommen.